

«Die Bundesregierung erblickt im Wiedererstehen jüdischer Gotteshäuser einen sichtbaren Beweis für die Erfolge ihrer Wiedergutmachungspolitik», schrieb im September 1958 der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) in einem Grußwort an die Jüdische Gemeinde Düsseldorf zur Einweihung ihrer Synagoge.<sup>1</sup> Wenn in den zwei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg von ‹Wiedergutmachung› die Rede war, verweist dies auf geforderte oder geleistete finanzielle Unterstützungen sowie Entschädigungen für ‹arisierte› Grundstücke, zerstörte Synagogen- und andere Gemeindebauten sowie für geraubtes mobiles Eigentum. Zudem werden mit ‹Wiedergutmachung› moralische Verpflichtungen angesprochen, angemahnt oder (als) abgegolten (angesehen). Jüngstes Beispiel hierfür ist die aktuelle Debatte um die von der Jüdischen Gemeinde Hamburg gewünschte Rekonstruktion der 1938/1939 zerstörten Bornplatzsynagoge, die auch als eine ‹Wiedergutmachung› mit Blick auf die Geschichte *nach 1945* verstanden wird.<sup>2</sup>

Die Entstehung von Synagogen war und ist immer ein Anlass, in der Öffentlichkeit die Bedeutung jüdischer Gegenwart (neu) zu bestimmen, sowohl durch die Gemeinden selbst als auch durch Vertreter\*innen der deutschen, nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft. ‹Wiedergutmachung› ist dabei die häufigste, aber nicht einzige symbolische Zuschreibung: In den 1980er Jahren wurde der Hinweis auf ein *bleiben wollen* zunehmend populärer, seit den 1990er Jahren stehen Synagogenbauten für einen *Aufbruch*<sup>3</sup> und in der jüngsten Gegenwart für einen *Kampf gegen Antisemitismus*. Der Architekt Manuel Herz schrieb, dass «der symbolische Wert von Bauten mit jüdischem Bezug deren ‹funktionalen Wert› übersteigt.» Es sei «[g]leichgültig, ob eine Synagoge wirklich besucht wird und ob sie auch tatsächlich das Zentrum des aktiven jüdischen Lebens bildet, [...] ihre blosse Existenz [wird] als Beweis einer gesicherten jüdischen Existenz in Deutschland bewertet.»<sup>4</sup>

Wie Zuschreibungen das Verständnis und die Herstellung einer Identität von Architektur prägen, hat der Historiker Gavriel D. Rosenfeld anhand ihrer Betitelung als *jüdisch* durch Architekt\*innen und Kritiker\*innen untersucht.<sup>5</sup> Anknüpfend an seine Überlegung, dass Bedeutungen produziert werden, untersuche ich im Folgenden, welche Aspekte des *Jüdischen*, der lokalen Geschichte sowie der Verfolgung und Ermordung der Jüdinnen und Juden über Synagogen und ihre Neubauten vermittelt wurden und welche Funktion die Gebäude im Kontext von Erinnerungskultur besitzen. Dabei beziehe ich Form, Materialität und Sichtbarkeit der Bauten ebenso ein wie die zeitgenössische Berichterstattung.

Der Fokus liegt auf fünf Neubauten: Die 1958 eingeweihte Synagoge in Düsseldorf ist ein Beispiel für den frühen Synagogenbau. Die 1971 eröffnete Synagoge in Karlsruhe steht für eine Entwicklung, bei der jüdische Symbole zur Grundlage der Gestaltung wurden. Mit dem 1986 fertiggestellten Gemeindehaus in Frankfurt

am Main wird die Erinnerung an die Zerstörung der Gemeinden und die Ermordung der Jüdinnen und Juden erstmals über die Architektur vermittelt. Die 2001 in Dresden eingeweihte Synagoge verweist in ihrer Anlage auf die Zerstörung des Vorgängerbaus und ist in ihrer Form durch Bezüge zu jüdischer Religion bestimmt. Anhand der aktuellen Auseinandersetzungen um die Rekonstruktion der Bornplatzsynagoge in Hamburg wird abschließend ein intendierter Bruch mit etablierten Erinnerungsmustern diskutiert.<sup>6</sup>

### **Die Synagogen in Düsseldorf und Karlsruhe**

Nachdem eine jüdische Präsenz in der unmittelbaren Nachkriegszeit in Deutschland zunächst ausgeschlossen schien und von internationalen jüdischen Organisationen abgelehnt wurde,<sup>7</sup> begannen die Gemeinden ab den 1950er Jahren Neubauprojekte zu realisieren. Dabei war es üblich, dass die Städte die zentral gelegenen Areale der vormaligen Synagogenbauten von den Jüdischen Restitutionsorganisationen erwarben,<sup>8</sup> während Gemeinden neben Friedhöfen nur einzelne Gebäude vormals jüdischen Gemeinde- oder Privatbesitzes zurück erhielten.

Bis auf wenige Ausnahmen mussten Gemeinden ihre Neubauten in zentrumsferner Wohnvierteln errichten, so auch die Gemeinde in Düsseldorf, die am 9. November 1956 den Grundstein für einen Neubau in der Zietenstraße legte. Noch während der Bauzeit musste sie die Landesbehörden in Nordrhein-Westfalen immer wieder um finanzielle Unterstützung bitten und war gezwungen, ihr Anrecht auf einen Neubau zu rechtfertigen: Sie verwies auf Ansprüche aus der Zerstörung des Vorgängerbaus,<sup>9</sup> auf die angedachten Nutzungen<sup>10</sup> und auf die schlechte finanzielle Situation ihrer Mitglieder.<sup>11</sup> In der Berichterstattung im Zuge der Grundsteinlegung und der Einweihung vom 7. September 1958 blieben die Enteignung und der Raub von Gemeindebesitz als Aspekte der nationalsozialistischen Verfolgung ebenso außen vor wie die jahrelangen Verhandlungen der Gemeinde mit der Stadt und dem Land um eine Erstattung. Der Neubau wurde stattdessen zu einem sichtbaren Beweis des ‚guten Handelns‘ der nichtjüdischen Deutschen stilisiert. Mit den neutral erscheinenden Hinweisen, dass die Finanzierung über Landesmittel erfolgt sei, das Grundstück von der Stadt zur Verfügung gestellt wurde und sich beide an den Baukosten beteiligten,<sup>12</sup> inszenierten sich deutsche nichtjüdische Institutionen als großzügige und selbstlose Gönner der Jüdischen Gemeinde.

Im Jahr 1957 begannen die Jüdische Kultusgemeinde Karlsruhe und der Oberrat der Israeliten Badens mit der Suche nach einem Grundstück für einen Neubau.<sup>13</sup> Er sollte zunächst im Stadtzentrum errichtet werden, um eine Sichtbarkeit der Synagoge zu gewährleisten.<sup>14</sup> Das Grundstück, das zehn Jahre später gefunden wurde, erfüllte dieses Kriterium dann gerade nicht: Es lag abseits des Zentrums in einer Waldfläche, zwischen Mehrfamilienhäusern und einer vierstrigigen Straße. Die Areale der zerstörten Synagogen standen den Gemeinden in beiden Städten nicht zur Verfügung: In Düsseldorf wurde das Grundstück «1949 gegen den Willen der SGD [Synagogengemeinde Düsseldorf, A.K.] in die Stadtplanung einbezogen»,<sup>15</sup> nach mehrjährigen Verhandlungen zwischen der Stadt und dem Jewish Trust an erstere übertragen<sup>16</sup> und in den 1980er Jahren bebaut. 1946 weihte die Stadt eine Gedenktafel für den zerstörten Bau ein. Das in der Karlsruher Kronenstraße befindliche Areal der Liberalen Synagogen blieb nach 1945 unbebaut, die angrenzenden erhaltenen Gemeindebauten werden unter anderem seit 1949 von der Arbeiterwohlfahrt genutzt.<sup>17</sup> Eine Gedenktafel weihte die Stadt 1963 ein. Das gleichfalls zentrale

Grundstück der zerstörten orthodoxen Synagoge in der Karl-Friedrich-Straße blieb ebenso wie die umliegenden Gebäude vormaligen jüdischen Gemeindebesitzes in privater Hand. Eine Erinnerungstafel wurde erst 1991 angebracht.<sup>18</sup> In beiden Fällen blieben die Grundstücke unbebaut und dienen heute vor allem als Parkplätze.

Der am 7. September 1958 in Düsseldorf eingeweihte Komplex von Hermann Zvi Guttmann besteht aus Gemeindehaus, Saal und Synagoge. Letztere ist über einem ovalen Grundriss errichtet und bietet 400 Plätze. Über dem zu einem Platz ausgerichteten Eingang sind die Inschrift כבָּרוּ מִשְׁכָּן וּמִקְומָם בַּיְתְּךָ מְעֹן אַהֲבָתִי ה' (dt.: «Ewiger, ich liebe die Stätte deines Hauses, den Ort, wo deine Ehre thront» [Psalm 26,8]) und darüber eine Menora in die Fassade eingebracht. In den links und rechts des Eingangs angeordneten Fenstern sind Embleme der zwölf Stämme Israels eingearbeitet. Die Verweise auf die jüdische Nutzung des Gebäudes werden hier nach außen getragen und sind – zumindest in der Eingangszone – Bestandteil der Architektur (Abb. 1).

Der im Juni 1971 eingeweihte Komplex in Karlsruhe (Hermann Backhaus & Harro Wolf Brosinsky) besteht aus dem flachen, entlang der Straße verlaufenden Riegel des Gemeindezentrums und einer dahinterliegenden Synagoge über einem Gemeindesaal. Sie überragt das Gemeindezentrum und ist über einer sechseckigen Grundfläche angelegt. Gefaltete dreieckige Außenwände bilden einen Davidstern aus (Abb. 2). Damit wird im Unterschied zu den an Fassaden aufgebrachten oder in Glasfenstern eingearbeiteten Symbolen und Inschriften, wie sie in Düsseldorf erfolgten, der Verweis auf die Nutzer\*innen in die Architektur selbst implementiert und ein Symbol zur bestimmenden Form des Raumes. Dies vermittelt die Funktion des Gebäudes nach außen und könnte so für eine Sichtbarkeit jüdischer Präsenz im städtischen Raum sorgen, wenn der Komplex nicht derart abgelegen situiert wäre. Zudem ist die Form des Baukörpers am besten aus der Luft zu erfassen. Die Konstruktion mit Betonschalen sorgte für eine in ihrer Zeit aufsehenerregende Form.



1 Synagoge mit Gemeindezentrum, Düsseldorf, Fotografin: Alexandra Klei, 25. Mai 2016



2 Synagoge mit Gemeindezentrum, Karlsruhe, Fotograf: Jörg Waßmer, 10. April 2021

Die Übertragung jüdischer Symbole und Narrative in Architektur sollte in der Folge und besonders nach 1990 ein zentrales Gestaltungsmotiv werden.

Der Vorsitzende des Oberrats, Werner Nachmann, etablierte für den Neubau in Karlsruhe die Zuschreibung als ein kulturelles Zentrum, in dem der «Mythos von der Abgeschlossenheit der jüdischen Religion endlich» überwunden werden sollte;<sup>19</sup> einen «Ort der Begegnung zwischen Menschen aller Rassen und Religionen».<sup>20</sup> Damit wird die Verantwortung für eine Kommunikation, die Antisemitismus entgegenwirkt, von einem jüdischen Ort und einer Gemeinde übernommen. Die Frage, warum ein solcher Ort nicht im nicht-jüdischen Raum bereits entstanden ist, wurde nicht gestellt. Die Stadt begründete ihre Unterstützung mit der moralischen «Verpflichtung [...] furchtbares Unrecht wiedergutzumachen»<sup>21</sup> und sah den «Neubau als einen Akt der Versöhnung und als Willen zur Wiedergutmachung».<sup>22</sup> Seitens der Politik erfuhr der Bau im Kontext seiner Einweihung weitere Zuschreibungen «als Teil einer Dankesschuld» (Oberbürgermeister Otto Dullenkopf, CDU) und als «Symbol für das Vertrauen einer jüdischen Gemeinde in die Stabilität unserer Demokratie» (Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher, FDP).<sup>23</sup> Ministerpräsident Hans Filbinger, damals CDU, zuvor NSDAP-Mitglied und Marinerichter, sah in dem Neubau eine «Stätte der Begegnung, wo wieder zusammengefügt werde, was unseliges Schicksal einmal getrennt hat.»<sup>24</sup> Die Einweihung einer Synagoge bot einem NS-Täter die Möglichkeit der Entlastung, ohne Verantwortung für das eigene Handeln zu übernehmen.

Weitere Bedeutungen wurden mithilfe der Architektur erzeugt: Der Komplex sei ein «Juwel moderner Architektur» und «unvergleichlich mit allen bestehenden jüdischen Sakralbauten in der Welt».<sup>25</sup> Der Neubau wurde zu einem Ereignis von über-regionaler Bedeutung und zur Selbstvergewisserung nicht nur im bundesdeutschen Vergleich: Mit einem derart als bedeutsam bestimmten Ort wurde versucht, eine Überlegenheit gegenüber anderen Synagogenbauten auf der Welt zu demonstrieren.

Bereits bei Baubeginn formulierte der Bürgermeister Walther Wäldele (SPD): «Wer baue, habe Vertrauen in die Zukunft und schaue nach vorne».<sup>26</sup> Eine solche Zuschreibung jüdischer Gegenwart in einer Verknüpfung mit Neubauvorhaben für jüdische (religiöse) Nutzungen bekam mit der Formulierung «Wer ein Haus baut, will bleiben», die Salomon Korn 1986 zur Einweihung des Jüdischen Gemeindezentrums in Frankfurt am Main äußerte,<sup>27</sup> eine Formel, die anschließend ein Baustein von Einweihungsreden werden sollte. Dabei schrieb bereits 1947 der damalige Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Berlin, Hans Erich Fabian: «Es hat keinen Sinn, Häuser zu bauen, wo Hütten genügen, und es hat keinen Zweck, Synagogen zu errichten [...], um sie in kurzer Zeit zu verlassen [...].»<sup>28</sup> Auch wenn die drei Formulierungen dies nicht erkennen lassen, sind die Unterschiede zwischen ihnen enorm: Während Korn und Fabian jüdisches Selbstverständnis unter ganz unterschiedlichen Voraussetzungen ihrer Gegenwart in Deutschland ausloten (wollten), ist Wäldeles<sup>29</sup> Zuschreibung bestenfalls eine Hoffnung, die ein Nichtjude als Angehöriger der Tätergesellschaft an die jüdische Gemeinschaft richtete.

### **Jüdisches Gemeindezentrum Frankfurt am Main**

Die Stadt Frankfurt am Main gab nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges einige vormalige Grundstücke und Gebäude der Jüdischen Gemeinde vergleichsweise unkompliziert zurück.<sup>30</sup> Die Westend-Synagoge wurde ab 1946 wiederhergestellt,<sup>31</sup> ein ehemaliges jüdisches Krankenhaus bot Wohnraum für Überlebende,<sup>32</sup> der Betsaal am Baumweg wurde neu gestaltet<sup>33</sup> und 1957 um ein Gemeindezentrum ergänzt. Es erwies sich bereits Ende der 1960er Jahre als zu klein.<sup>34</sup> Doch erst 1986 konnte das Gemeindezentrum in der Savignystraße nach Plänen von Salomon Korn in Zusammenarbeit mit der Architektengemeinschaft Gerhard Balser fertiggestellt werden, das in zweifacher Hinsicht ein Novum in der Geschichte jüdischen Bauens nach 1945 war: Es war der erste Neubau eines Gemeindezentrums, in das weder ein Betsaal integriert noch eine Synagoge angeschlossen wurde. Versammelt wurden nichtreligiöse Nutzungen, neben Büros Einrichtungen zur Kinderbetreuung, eine Schule, ein Gemeinderats- und ein Festsaal sowie ein Seniorenclub. Außerdem integrierte das Gebäude in seine Architektur «die Brüchigkeit des deutsch-jüdischen Verhältnisses»<sup>35</sup> und die «Erinnerung an die Zerstörung»<sup>36</sup> durch Risse, die durch die zwei stilisierten mosaischen Gesetzestafeln verlaufen, die hochaufläufig neben dem Haupteingang stehen. Eine Liste mit den Namen von rund 11.000 Frankfurter Jüdinnen und Juden, die von den Nationalsozialist\*innen ermordet worden waren, wurde in den Grundstein eingelegt.<sup>37</sup> Den Tafeln gegenübergestellt sind in der Fassade des Haupteingangs drei Leuchter, deren «symbolisches Licht [...] das der Hoffnung [ist]. Sie werden gestützt von jenen drei Säulen, auf denen nach Simon dem Gerechten die Welt steht: auf der Lehre, dem Gottesdienst und der Wohltätigkeit.»<sup>38</sup> (Abb. 3) Damit wurden die zwei Pole jüdischen Daseins in Deutschland als «Erinnerung an die Zerstörung – und Hoffnung auf Zukunft» durch die Architektur markiert. Bereits mit dem 1959 eingeweihten Gemeindezentrum in Berlin wurde über die Verwendung von Spolien der zerstörten Synagoge Fasanenstraße der Versuch unternommen, «notwendige Mahnung und Erinnerung in Architektur zu transformieren».<sup>39</sup> Dabei gibt es Unterschiede zwischen beiden Konzepten: Die Ruine der Synagoge in Berlin wurde ab dem 4. Dezember 1957 abgerissen,<sup>40</sup> zwei Monate nachdem der Wettbewerb für den Neubau ausgerufen worden war. Verwendet wurden zusammengestellte Risalite als «Mahnsäule» sowie das vormalige



3 Eröffnung des Jüdischen Gemeindezentrums  
am 14. September 1986, Frankfurt am Main

Portal, das als freistehendes Tor vor die Eingangsfassade<sup>41</sup> des von den Architekten Dieter Knobloch und Heinz Heise ansonsten schlicht gehaltenen Gebäudes gestellt wurde. Die mit dem Gebäude verknüpfte Erinnerung bezieht sich so auf den konkreten Vorgängerbau und auf die Zerstörungen vom 9./10. November 1938, damit auf ein an den Ort gebundenes historisches Ereignis. Das Gemeindehaus in Frankfurt nimmt dagegen erstmals über die Architektur eine grundsätzliche Positionierung in einer jüdisch/nichtjüdisch-deutschen Gegenwart vor und verweist dabei auf den bleibenden Riss des *Zivilisationsbruchs* (Dan Diner). Zudem wird die Erinnerung an die Ermordeten sowohl als Zahl als auch in ihren Namen aufbewahrt. Das Gemeindezentrum bleibt bis in die Gegenwart der einzige Neubau, der in der Architektur beide Aspekte in einer Beziehung zueinander erinnert: die Ermordung von sechs Millionen und die Ermordung des Einzelnen. Zwar nahmen Synagogenbauten immer Erinnerungszeichen an die ermordeten Mitglieder der Vorgängergemeinden auf, aber dies geschah nach innen gerichtet und nicht auf Individuen bezogen.

### Die Neue Synagoge Dresden

In den 1990er Jahren veränderten sich die Bedingungen jüdischer Gegenwart in Deutschland grundlegend: Die Einwanderung von rund 210.000 Jüdinnen und Juden aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion zwischen 1990 und 2004 führte zu steigenden Mitgliederzahlen in bestehenden Gemeinden und zu Neugründungen.<sup>42</sup> Die Phase wird in der Regel als *Aufbruch* charakterisiert.<sup>43</sup> Die Gemeinden benötigten in der Folge nicht nur (mehr) Platz, sondern auch Raum für ihre veränderten Aufgaben. Kehren wir noch einmal zurück zur Feststellung von Manuel Herz, dass die «blosse Existenz» von Synagogen «als Beweis einer gesicherten jüdischen Existenz in Deutschland bewertet»<sup>44</sup> wird, dann können wir mit Blick auf die entstandenen Architekturen der letzten 25 Jahre sehen, dass dieser Beweis nun mehrheitlich in Form zentral gelegener, expressiver und auffälliger Architekturen erbracht werden soll. Dabei muss festgestellt werden, dass die Einwanderung keinen

Einfluss auf die Architektur in ihrer Form hatte: Es entstanden Gebäude, die sich selbstbewusst gegenüber ihrer städtischen Umgebung behaupten können, die aber nicht an die Identität und das Selbstverständnis der neuen Mitglieder gebunden waren. Die Realisierung der Neubauprojekte blieb dabei abhängig von der nicht-jüdischen Mehrheitsgesellschaft, die nun bereit war, dem jüdischen Leben mehr Sichtbarkeit im städtischen Raum zu ermöglichen.

Mit dem 2001 eingeweihten Neubau einer Synagoge mit Gemeindezentrum formulierten die Architekt\*innen des Büros Wandel Hoefer Lorch + Hirsch prominent einen bestehenden Grundsatz jüdischen Bauens nach 1945: «Die Rekonstruktion ungebrochener Kontinuität erscheint im Fall der Synagoge mehr als fragwürdig. Zu groß ist der historische Bruch, zu ambivalent die Bauaufgabe «Synagoge» als solche.»<sup>45</sup> Dieses Selbstverständnis einer Verortung jüdischer Gegenwart mit Blick auf die eigene Geschichte war notwendig, weil es im Zuge der Planungen für den Neubau, der teilweise auf dem Areal des 1938 zerstörten Vorgängerbaus von Gottfried Semper entstand, 1997 Forderungen nach einer Rekonstruktion gab<sup>46</sup> und der Neubau in unmittelbarer Nachbarschaft zu zahlreichen Rekonstruktionsvorhaben entstand.<sup>47</sup> Mit ihnen, und dabei sind besonders der Bau der Frauenkirche und des Neumarktes zu nennen, wurde ein (Stadt-)Bild der Vergangenheit etabliert, das den Nationalsozialismus ebenso ausblendet wie die in dieser Zeit begangenen Verbrechen. So bot die Einweihung der neuen Frauenkirche in Presstexten die Möglichkeit, das Gebäude als Symbol für «Versöhnung» oder für «Frieden» zu etablieren<sup>48</sup> und eine Semantik zu entwickeln, «die in Form von Einheit, Wunder und Freiheit erschien» und eine «Erinnerung an die deutsche Geschichte im Nationalsozialismus und im Zweiten Weltkrieg» auslässt.<sup>49</sup> Verfestigt hat sich ein Narrativ, welches das Leiden der Dresdener nichtjüdischen Bevölkerung als Opfer einer als ungerecht empfundenen Bombardierung durch die Alliierten im Februar 1945 in den Vordergrund stellt.<sup>50</sup>

Der Komplex des Neubaus besteht aus einer Synagoge und einem Gemeindezentrum, die durch einen zwischen ihnen liegenden Innenhof verbunden sind. Dabei wurden im Außenraum vier Verweise auf die Geschichte des Ortes und seiner Gemeinde angebracht: Im Eingang befindet sich ein vergolder Davidstern der niedergebrannten Synagoge, der während der Zerstörungen in der sogenannten Pogromnacht gerettet worden war. Darüber steht die Inschrift des Vorgängerbaus: *בָּיִת־תִּפְלָה קָדְשָׁה־לְכָל־הָעָם יְהוָה בֵּית־תִּפְלָה*<sup>51</sup> Zudem sind Steine der Semper-Synagoge in die östliche Hofwand integriert (Abb. 4) und im Innenhof ein Teil ihrer Grundfläche im Boden nachgezeichnet worden.

Einen deutlich größeren Einfluss auf die Architektur haben religiöse Bezugnahmen, die zur bestimmenden Grundlage für die Wahl von Materialien und Formen wurden: Als Analogie zu Tempel und Stiftszelt, verstanden als «die architektonischen Grunderfahrungen des Judentums», ist die steinerne Außenhülle der Synagoge massiv als *dauerhaft* und der Innenraum durch ein metallenes Gewebe als *provisorisch* gestaltet. Um eine Ausrichtung des Thoraschreins nach Jerusalem zu gewährleisten, wurde der Kubus in seiner Höhenerstreckung aus der Achse gedreht. Die Außenwände aus Betonformsteinen wurden durch Zuschlagstoffe und Oberflächenstrukturen nicht nur an die Sandsteinbauten der Dresdner Altstadt angeglichen, sondern sollen zudem auf die Westmauer in Jerusalem verweisen.<sup>52</sup> Im Unterschied zu Karlsruhe wird die Verknüpfung nicht über ein einzelnes Symbol hergestellt.



4 Östliche Wand im Innenhof der Synagoge mit Gemeindezentrum, undatiert, Dresden. Inschriften und Steine des zerstörten Vorgängerbau, Fotograf: Ulrich Knufinke

Presseartikel zur Eröffnung im November 2001 erinnerten nicht nur an die Zerstörung der Semper-Synagoge, sondern verwiesen auch auf die Zerstörung der Dresdener Altstadt im Februar 1945.<sup>53</sup> Zugeschrieben wurde dem Neubau die Aufgabe, auf die «gewaltsame Unterbrechung der Geschichte [...] im Stadtbild»<sup>54</sup> aufmerksam zu machen; etwas, das von der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft offenbar nicht geleistet werden will oder muss. Die neue Architektur stehe für ein erstarktes «Selbstbewusstsein» der Gemeinde, zeige damit eine Veränderung der Selbstwahrnehmung der Juden und Jüdinnen an, mache aber «keine Hoffnung auf Versöhnung».<sup>55</sup> Die Synagoge wäre so eine Gegenerzählung zur Frauenkirche, die, wie oben dargestellt, unter anderem für Versöhnung steht; ein Anliegen, das gemeinhin als positiv bewertet wird, und dem die Gemeinde, damit *die Juden*, hier entgegenstünden.

### Die Bornplatzsynagoge in Hamburg

Weder als die Entscheidung für eine äußere Rekonstruktion der zerstörten Synagoge in der Stadt Herford getroffen, noch als diese im März 2010 eingeweiht wurde, gab es eine überregional wahrnehmbare Debatte, die sich um die Frage der Zulässigkeit dieser Entscheidung drehte. Auch die am 9. November 2017 von dem Berliner SPD-Fraktionsvorsitzenden Raed Saleh erstmals öffentlich artikulierten Wünsche für eine Rekonstruktion der Synagoge am Fraenkelufer in Berlin blieben ohne Diskussion. Dabei hatte Saleh in seinem Text<sup>56</sup> den Verlust ihrer Architektur unterschiedslos eingeordnet in Rekonstruktionsprojekte seit den 1990er Jahren in Deutschland, die darauf abzielen, ein Stadt- und Selbstbild wiederherzustellen, das die Konsequenzen des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs ausblendet. Rekonstruktionsprojekte der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft wurden zwar kritisiert und bleiben umstritten. Sie sind aber dennoch prominent realisiert worden, auch wenn die Initiativen von konservativen und manchmal sogar rechten Akteur\*innen<sup>57</sup> ausgingen und die Planungen ebenso wie die Realisierungen seit einigen Jahren im Kontext *Rechter Räume*<sup>58</sup> diskutiert werden.

Der bisherige Grundsatz (jüdischer Gemeinden), «[i]hre Geschichte, ihre Zerstörung, de[n] Bruch [...] sichtbar» zu belassen,<sup>59</sup> wurde bei Saleh ohne Reflektion aufgekündigt zu Gunsten einer In-Eins-Setzung historisch gänzlich unterschiedlich begründeter Verluste. Erst im Zuge der Planung einer Rekonstruktion der Born-

platzsynagoge am historischen Standort, dem heutigen Josef-Carlebach-Platz in Hamburg, setzte eine kritische Auseinandersetzung ein. Das vormalige Synagogenareal war weder der Gemeinde zurückgegeben worden noch hatte sie eine Entschädigung dafür erhalten. Stattdessen verkaufte die Jewish Trust Corporation for Germany (JTC) der Stadt dieses sowie weitere Grundstücke aus jüdischem Besitz.<sup>60</sup> Das Areal diente der Universität als Parkplatz. Erst 1988 wurde ein Denkmal der Künstlerin Margrit Kahl eingeweiht; es bildet Grundriss und Deckengewölbe der Synagoge durch ein dunkles Mosaikpflaster und durch polierte schwarze Granitsteine auf dem Boden ab (Abb. 5). Es erinnert aber nicht nur an die zerstörte Synagoge, sondern auch an den Umgang mit dem Ort nach 1938/1940 und sichert die Leere als Verweis auf den Verlust und auf eine historisch gewordene Abwesenheit. Der Ort entwickelte sich «zum zentralen Gedenkort [...] für die Erinnerung an die nationalsozialistische Verfolgungs- und Vernichtungspolitik».<sup>61</sup>

Noch im Dezember 2017 hatte der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde, Philipp Stricharz, den Wunsch nach einer Rekonstruktion als unerreichbar formuliert.<sup>62</sup> Aber nach dem antisemitischen und rechtsterroristischen Anschlag am 9. Oktober 2019 auf die Synagoge in Halle wurde die Möglichkeit einer Realisierung von der Politik aufgegriffen und zu einem Erfolg: Der damalige Fraktionschef der Grünen in Hamburg, Anjes Tjarks, forderte als Konsequenz aus dem Anschlag, «nicht nur den Antisemitismus zu bekämpfen, sondern auch die positiven Aspekte jüdischen Lebens deutlicher sichtbar zu machen»<sup>63</sup> und nannte den Wiederaufbau der Bornplatzsynagoge. Bereits am 12. Februar 2020 beschloss die Hamburgische Bürgerschaft «als Antwort auf den grassierenden Antisemitismus [...] wieder jüdisches Leben in den Mittelpunkt der Stadt und der Gesellschaft zu rücken und die ehemalige Synagoge [...] originalgetreu wiederaufzubauen.»<sup>64</sup> Damit wird suggeriert, dass die fehlende Sichtbarkeit jüdischen Lebens verantwortlich für Antisemitismus



5 Ausschnitt *Synagogenmonument* von Margrit Kahl, Joseph-Carlebach-Platz, Hamburg. Im Hintergrund ein 1941/1942 auf dem Areal errichteter Hochbunker, heute das Institut für Bodenkunde der Universität Hamburg, Fotografin: Alexandra Klei, 19. Juli 2017

ist; eine Vorstellung, die Antisemitismus in seiner Funktion als gewalttätige soziale Praxis, als Denkstruktur und «kognitives und emotionales Weltbild»<sup>65</sup> verkennt. Als Antwort auf einen sich immer offener und aggressiver artikulierendem Antisemitismus innerhalb der deutschen Gesellschaft und auf das Fehlen einer Debatte um das Versagen bisheriger Konzepte wird zum einen auf symbolisches Handeln gesetzt. Zum zweiten sind es Juden und Jüdinnen, die sich in dieser Vorstellung exponieren sollen beziehungsweise müssen, um Antisemitismus zu bekämpfen. Damit wird einerseits insinuiert, dass Antisemitismus vom Verhalten *«der Juden»* abhängt, was einer Täter-Opfer-Umkehr gleichkommt, und andererseits von der bedrohten Gruppe gefordert, sich an die Öffentlichkeit zu begeben, sich also besonders leicht angreifbar zu machen.

Bundes- und städtische Geldmittel wurden für den Wiederaufbau und eine vorausgehende Machbarkeitsstudie bewilligt.<sup>66</sup> Nachdem bereits einige kritische Stimmen diese Entwicklungen begleitet hatten, wurde im Dezember 2020 mit einer Stellungnahme, die einen offenen Diskurs über die Planungen forderte,<sup>67</sup> die Auseinandersetzung um den Wiederaufbau und den Umgang mit dem 1988 eingeweihten Denkmal eröffnet. Dass es der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde ist, der den von Kahl gestalteten Gedenkort mit den Aussagen, dass er «außer von einer kleinen Fachöffentlichkeit kaum beachtet»<sup>68</sup> werde, und es schmerze, «diesen Platz so brach zu sehen»<sup>69</sup> in Frage stellt, ist ein Novum in der Geschichte des Gedenkens an die zerstörten Synagogen. Stricharz erhebt damit Einspruch gegen eine etablierte und positiv konnotierte Erinnerungskultur, der allerdings vor einem anderen historischen Hintergrund stattfindet, als bei nichtjüdischen Befürworter\*innen der Rekonstruktion. Deren Zustimmung für das Vorhaben beinhaltet zwar ebenfalls den Verzicht auf ein explizites Erinnern an die Zerstörung der Synagoge, wird als dieser aber bisher nicht artikuliert, diskutiert oder problematisiert.

Dabei kann (und sollte) auch ein Denkmal, das für den Erfolg erinnerungspolitischer Kämpfe steht und dem Dauerhaftigkeit zugeschrieben wird, mehr als 30 Jahre nach seiner Einrichtung hinsichtlich seiner Aussagen und seiner Funktionen innerhalb eines sich wandelnden Erinnerungsdiskurses befragt werden. Dies trifft auch auf die bisher abgelehnte Möglichkeit der Rekonstruktion von Synagogen zu. Gleichwohl ist aber die Frage, welche *Funktion* ein solcher Paradigmenwechsel hat. Auch wenn dies aufgrund der noch laufenden Debatte nicht abschließend beurteilt werden kann, soll auf drei Elemente der Argumentation eingegangen werden, die als Bedeutungszuschreibungen mit der Rekonstruktion verknüpft werden: Kampf gegen Antisemitismus, Sichtbarkeit jüdischen Lebens und *«Wiedergutmachung»*.

Eine Realisierung des Rekonstruktionsvorhabens wurde erst wahrscheinlich, nachdem es von politischen Vertreter\*innen mit einem *Kampf gegen Antisemitismus* verknüpft wurde. Eine in Aussicht gestellte Synagoge als sichtbares Symbol erscheint konkreter als Bekenntnisse zu jüdischem Leben in (politischen) Reden. Zwar ergibt sich daraus nicht zwangsläufig die Notwendigkeit, den Neubau als Rekonstruktion umzusetzen. Dies wurde aber offenbar zunächst unhinterfragt als gegeben angenommen. Verstärkt wurde diese Beziehung durch die von dem Gemeindemitglied Daniel Sheffer initiierte Kampagne «Nein zu Antisemitismus. Ja zur Bornplatzsynagoge».<sup>70</sup> Auf der zugehörigen Homepage zeigten auch prominente Personen «ein starkes Zeichen gegen Hass und Judenfeindlichkeit» und stimmten für eine Realisierung des Bauvorhabens.<sup>71</sup> Sich gegen Antisemitismus auszusprechen und trotzdem gegen die Rekonstruktion zu sein, war nicht möglich. Vermutlich infolge

von Kritik an einer derartigen Indienstnahme fanden in der Argumentation der Gemeindevertreter\*innen Verschiebungen statt: Sheffer argumentierte nun, dass «[k]ein Gebäude [...] Antisemitismus bekämpfen, aber die Bornplatzsynagoge [...] Vergangenheit mit Zukunft verbinden [kann]». Er bestimmte eine weitere Funktion des Neubaus, mit dem «im Grindelviertel [...] ein Wahrzeichen der Weltoffenheit und jüdischen Identität unserer Stadt» entstehe.<sup>72</sup> Stricharz dagegen argumentierte, dass Mahnmal und leerer Platz Antisemiten\*innen nicht zu einem anderen Denken überzeugen würden, man mit einer Rekonstruktion aber zeigen könne: «Wir Juden pfeifen auf euch Antisemiten. Wir sind da, das kann euch gefallen oder nicht.»<sup>73</sup> In beiden Aussagen wird das Bedürfnis der Gemeinde formuliert, im städtischen Raum sichtbarer zu sein und dies in einem Viertel zu realisieren, das über ein reiches jüdisches Erbe verfügt.<sup>74</sup> Damit soll die Verbindung jüdischer religiöser Gegenwart nicht nur mit dem historischen Platz einer Synagoge, sondern mit einem als *jüdisch* bestimmten städtischen Raum verknüpft werden. Argumente von Sichtbarkeit und Präsenz geben dem Vorhaben weitere Bedeutung: Der Neubau wird als «unübersehbares Zeichen des jüdischen Lebens in Hamburg»<sup>75</sup> definiert, auch in der konkreten Nutzung: «Wir wollen zeigen, wie jüdisches Leben aussieht, was der Inhalt der jüdischen Religion ist.»<sup>76</sup> Schließlich definierte Stricharz den Neubau als «ein deutliches Signal: Wir bauen wieder auf, was die Nazis einst zerstörten, was sie an ebenjener Stelle nicht mehr sehen wollten. Und zwar so, wie es damals war.»<sup>77</sup> Die Rekonstruktion soll damit das Handeln der Täter rückgängig machen und einen (nachträglichen) Sieg über sie anzeigen. Dass Rekonstruktionen immer auch als der Versuch gelten, Geschichte zu revidieren, ist eine gängige Kritik an ihrer Realisierung.<sup>78</sup> Als Argument stößt sie hier nicht nur an Grenzen, weil seitens einer jüdischen Gemeinde die Unsichtbarmachung der Tat im städtischen Raum gewünscht wird, sondern vor allem, weil dies als Überwindung nationalsozialistischen Handelns gedeutet wird, die erst – und in dieser Sichtweise nur – mit einer Rekonstruktion sichtbar begangen werden kann. Der Verlust, der hier rückgängig gemacht werden soll, ist ein grundlegend anderer als der, den Befürworter\*innen der Rekonstruktionen von Altstädten, Schlössern und der Garnisonkirche meinen. Dabei ist das *wie es damals war* auch für die Synagoge eine polemische Worthülse: bezogen einerseits auf das angestrebte Gebäude, dass lediglich in seiner Hülle historisierend wiedererstehen soll und in seinem Inneren an völlig veränderte Bedingungen angepasst werden muss und bezogen andererseits auf seine Bedeutung in der jeweiligen Zeit seiner Existenz. Denn die Bedingungen der Herstellung, die Möglichkeiten einer Aneignung und die jeweilige Wahrnehmung sind aufgrund der Entstehungskontexte grundverschieden.

Als dritte Bedeutungszuschreibung wird, wie eingangs skizziert, die Rekonstruktion als Beitrag einer ‹Wiedergutmachung› verstanden. Im Unterschied zur Synagoge in Düsseldorf wird sich dabei auf die Nachkriegszeit und nicht auf den NS bezogen. Dies beinhaltet eine veränderte moralische Konnotation, weil es nun um den Umgang der bundesrepublikanischen Gesellschaft mit den Verbrechen geht und das begangene Unrecht nicht mehr allein im Nationalsozialismus verortet wird.

Insgesamt folgt lediglich aus Stricharz' Argumentation, den Nazis nicht nachträglich ihren Willen zu geben, die Notwendigkeit, den Neubau als Rekonstruktion zu realisieren. In allen anderen Argumentationen ist sie nicht gegeben. Neben diesen Zuschreibungen bedeutet eine Rekonstruktion als Antwort auf den von

Stricharz formulierten *Schmerz* beim Blick auf das vermeintlich leere Areal des Mahnmals aber vor allem eine Unkenntlichmachung des Bruchs der Geschichte im öffentlichen Raum. Die Leere als Bestandteil des Wissens in der Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus soll hier beseitigt werden. Dieser Bruch mit den etablierten Erinnerungsmustern muss auch in seiner Bedeutung vor dem Hintergrund jüdischer und nichtjüdischer Erinnerung an den Holocaust diskutiert werden. Wie notwendig das ist, zeigt sich aktuell auch darin, dass sich mit Uwe Becker, Bürgermeister in Frankfurt am Main der nächste politische Akteur für die Rekonstruktion einer zerstörten Synagoge in seiner Stadt ausspricht.<sup>79</sup>

## Anmerkungen

- 1 Vgl. Die neue Synagoge ist fertig, in: *Neue Rhein Zeitung/Landesstadt Düsseldorf*, 6. September 1958.
- 2 Vgl. exemplarisch: European Leadership Network (ELNET): *Der lange Weg zur Wiedergutmachung – Wiederaufbau der Bornplatzsynagoge*. Podiumsdiskussion, 25. Januar 2021, <https://elnet-deutschland.de/themen/gesellschaft/podiumsdiskussion-zum-wiederaufbau-der-bornplatzsynagoge/>, Zugriff am 1. März 2021.
- 3 Stiftung Baukultur Rheinland-Pfalz (Hg.), *Gebauter Aufbruch. Neue Synagogen in Deutschland*, Regensburg 2010.
- 4 Manuel Herz, Das institutionalisierte Experiment, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 21. Mai 2005, <https://www.nzz.ch/article/CSOSZ-1.138047>, Zugriff am 1. März 2021.
- 5 Gavriel D. Rosenfeld, *Building After Auschwitz. Jewish Architecture and the Memory of the Holocaust*, New Haven/London 2011, S. IX.
- 6 Zu den Phasen jüdischer Geschichte nach 1945: Michael Brenner (Hg.), *Geschichte der Juden in Deutschland von 1945 bis zur Gegenwart*, München 2012.
- 7 Dan Diner, Im Zeichen des Banns, in: ebd., S. 15–66.
- 8 Ruth Schreiber, New Jewish Communities in Germany after World War II and the Successor Organizations in the Western Zones, in: *Journal of Israeli History* 18, 1997, S. 167–190.
- 9 Vorstand der Synagogengemeinde Düsseldorf an den Regierungspräsidenten der Landeshauptstadt, 15. Januar 1958, in: Archiv BA Düsseldorf, Stadtverwaltung Düsseldorf – Bauaufsichtsamt – Hausakten Zietenstr. 50, Bd. 1.
- 10 Vorstand der Synagogengemeinde Düsseldorf an den Regierungspräsidenten der Landeshauptstadt, 21. Februar 1958, in: ebd.
- 11 Vorstand der Synagogengemeinde Düsseldorf an den Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen, 2. Mai 1958, in: ebd.
- 12 T. M., Grundsteinlegung für neue Synagoge, in: *Rheinische Post/Düsseldorfer Stadtpost*, 7. November 1956.
- 13 Werner Nachmann, Karlsruhe an RA Ernst Adler am 18. November 1963, in: Stadtarchiv Karlsruhe, Abt.: 1/H-Reg Nr. 4899. 1945–1966, Heft 1. Akten-Nr. 373.11.
- 14 W., Neue Karlsruher Synagoge auf Platz des Ständehauses?, in: *Badische Neueste Nachrichten*, 10. November 1960.
- 15 Donate Strathmann, *Auswandern oder Hierbleiben? Jüdisches Leben in Düsseldorf und Nordrhein 1945–1960*, Essen 2003, S. 191.
- 16 Beglaubigte Abschrift der öffentlichen Sitzung der Wiedergutmachungskammer beim Landgericht Düsseldorf, 29. Februar 1956. Rückerstattungssache der JTC – Antragstellerin – gegen die Stadtgemeinde Düsseldorf – Antragsgegnerin. Geschlossener Vergleich, in: Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland (ZAEJD), B 1/5 Bnr 229.
- 17 Auf der Grundlage der im Stadtarchiv Karlsruhe und im Generalandesarchiv Karlsruhe eingesehenen Unterlagen lassen sich die Besitzverhältnisse des Areals der zerstörten Synagoge nach 1945 nur bruchstückhaft rekonstruieren.
- 18 René Gilbert, Gedenktafel zur Zerstörung der Synagoge der orthodoxen jüdischen Gemeinde, in: *Stadtlexikon Karlsruhe*, 2017, <https://stadtlexikon.karlsruhe.de/index.php/De:Lexikon:top-3306>, Zugriff am 1. März 2021.
- 19 M. S., Nach 30 Jahren geduldigen Wartens: Jüdische Gemeinde erhält eine Synagoge, in: *Badische Neueste Nachrichten*, 27. Januar 1968.
- 20 M. S., Stern Davids als Grundkonzeption, in: *Badische Neueste Nachrichten*, 7. Mai 1968.
- 21 Ebd.
- 22 W., Zustimmung zum Synagogen-Neubau, in: Ebd., 8. Mai 1968.
- 23 [N. N.], Jüdisches Gemeindezentrum wird eingeweiht, in: Ebd., 2. Juli 1971.
- 24 Ebd.
- 25 Sakralbau strahlt Würde von außen und Weihe von innen aus, in: Ebd., 1. Juli 1971.
- 26 ll., Bau der neuen Synagoge begonnen, in: *Badische Neueste Nachrichten*, 25. Januar 1969.
- 27 Der zweite Teil des Satzes lautet «und wer bleiben will, erhofft sich Sicherheit», in: Salomon Korn, Wer ein Haus baut, will bleiben, in: Ders., *Geteilte Erinnerung. Beiträge zur deutsch-jüdischen Gegenwart*, Berlin 2001, S. 71–76.
- 28 Hans Erich Fabian, Jüdische Gemeinden in Deutschland, in: *Der Weg. Zeitschrift für Fragen des Judentums*, 10. Oktober 1947, S. 2, zit. n. Elisabeth Rees-Dessauer, *Zwischen Provisorium und Prachtbau. Die Synagogen der jüdischen Gemeinden in Deutschland von 1945 bis zur Gegenwart*, Göttingen 2019, S. 27.
- 29 Der 1921 geborene Wäldele war bereits früh in NS-Organisationen, zunächst im Deutschen Jungvolk, dann in der Hitler-Jugend aktiv. Vermutlich ab 1939 gehörte er der Wehrmacht an, in der er «schnell zum Leutnant» aufstieg; Walther Wäldele. Bauingenieur und Erster Bürgermeister, in: *Im Mittelpunkt der Mensch. Parlamentsreden Karlsruher SPD-Abgeordneter*, hg. vom SPD-Kreisverband Karlsruhe durch Manfred Koch, Karlsruhe 2001, S. 153–160, hier S. 153.
- 30 Tobias Freimüller, *Frankfurt und die Juden. Neuanfänge und Fremdeiterfahrungen 1945–1990*, Göttingen 2020, S. 115–116.
- 31 Salomon Korn, Synagogen in Frankfurt am Main nach 1945, in: Hans-Peter Schwarz (Hg.), *Die Architektur der Synagoge*, Ausst.-Kat., Frankfurt am Main, Deutsches Architekturmuseum, Stuttgart 1988, S. 347–395.

- 32** Alexandra Klei, *Jüdisches Bauen in Nachkriegsdeutschland. Der Architekt Hermann Zvi Guttmann*, Berlin 2017, S. 122–133.
- 33** Ernst Guggenheimer (Stuttgart) an die Jüdische Gemeinde Frankfurt (Baumweg 5), 13.01.1947, in: Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland, B 1/13 A. 1121.
- 34** Protokoll der 11. Sitzung des Gemeinderates der Jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main. Wahlperiode 1969/70, 04.09.1969, in: Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland, B 1/13 1812.
- 35** Salomon Korn, Synagogenarchitektur in Deutschland nach 1945, in: Korn 2001 (wie Anm. 27), S. 35–68, hier S. 63.
- 36** Ders., Wer ein Haus baut, in: Ebd., S. 73.
- 37** Ders., Synagogenarchitektur, in: Ebd., S. 63.
- 38** Ders., Wer ein Haus baut, in: Ebd., S. 73.
- 39** Ders., Synagogenarchitektur, in: Ebd., S. 63.
- 40** Mühlstein, Baugeschichte. Betr. Neubau eines Gemeindehauses für die Jüdische Gemeinde zu Berlin, Berlin-Charlottenburg, Fasanenstraße 79–80, Berlin-Wilmersdorf, 31. August 1962, in: Landesarchiv Berlin. B Rep. 009 0028, Bl. 2.
- 41** Dieter Knoblauch, Manuskript Jüdisches Gemeindehaus Berlin Fasanenstraße, undatiert [um November 1960], in: Landesarchiv Berlin. B Rep. 009 0026, Blatt 7–9, hier Bl. 7.
- 42** Karen Körber (Hg.), *Russisch-jüdische Gegenwart in Deutschland. Interdisziplinäre Perspektiven auf eine Diaspora im Wandel*, i. Auftr. des Jüdischen Museums Berlin, Göttingen 2015.
- 43** Vierter Teil: Aufbrüche, in: Brenner (Hg.) 2012, 379–434.
- 44** Herz 2005.
- 45** Wandel Hoefer Lorch + Hirsch: Tempel und Zelt, in: *Einst & jetzt. Zur Geschichte der Dresdner Synagoge und ihrer Gemeinde*, hg. v. Jüdische Gemeinde zu Dresden u. Landeshauptstadt Dresden, Dresden 2001, S. 128–133, hier S. 128.
- 46** Aufgrund der Covid-19 Pandemie konnte das Pressearchiv der Jüdischen Gemeinde Dresden nicht nach Artikeln aus jenen Jahren gesichtet werden. Allerdings finden sich in Texten zur Einweihung immer wieder Hinweise darauf, dass «[...] nicht wenige Dresden auf eine Rekonstruktion [drängten]». Hanno Rauterberg: Unverbrüchlich anders, in: *Die Zeit. Kultur*, 8. November 2001.
- 47** Karl-Siegbert Rehberg, «Mythos Dresden» als Versprechen und Problem. Anmerkungen zu «Elbflorenz» als imaginärer Stadt, in: *In guter Gesellschaft? Die Rolle der Denkmalpflege in Stadtmarketing und Tourismus*, hg. v. Landeshauptstadt Dresden. Amt für Kultur und Denkmalschutz, Dresden 2015, S. 24–33.
- 48** Anja Pannewitz, *Die Symbolik der Dresdner Frauenkirche im öffentlichen Gedächtnis. Eine Analyse von Pressetexten zum Zeitpunkt der Weihe* 2005, hg. v. Bildungswerk Weiterdenken in der Heinrich-Böll-Stiftung e.V., Dresden 2007, S. 29.
- 49** Ebd., S. 53.
- 50** Autor\_innenkollektiv «Dissonanz» (Hg.), *Gedenken abschaffen. Kritik am Diskurs zur Bombardierung Dresdens 1945*, Berlin 2013.
- 51** Es sind unterschiedliche Übersetzungen möglich: «Mein Haus sei ein Haus der Andacht allen Völkern» ist die, die in deutschen Medien zum Gebäude verwendet wird. Denkbar sind auch «Der Tempel war als Haus des Gebets für alle Völker» (Gabriela Schlick-Bamberger per E-Mail vom 2. März 2021) und «Mein Haus ist ein Haus des Gebetes, das alle Völker ruft» (Edina Meyer-Maril per E-Mail vom 3. März 2021).
- 52** Wandel, Hoefer, Lorch + Hirsch 2001 (wie Anm. 45).
- 53** Vgl. unter anderem Gottfried Knapp, Ein Haus der Andacht allen Völkern, in: *Süddeutsche Zeitung*, 9. November 2001.
- 54** So der evangelische Pfarrer Siegfried Reimann, zit. n.: Karin Großmann: Wer ein Haus baut, will bleiben. Die Jüdische Gemeinde von Dresden hat wieder eine Heimstatt, in: *Sächsische Zeitung Lokales*, 9. November 2001.
- 55** Hanno Rauterberg: Unverbrüchlich anders, in: *Die Zeit. Kultur*, 8. November 2001.
- 56** Raed Saleh: Baut die Synagogen wieder auf!, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 9. November 2017, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/wiederaufbau-historischer-gebäude-was-ist-mit-den-synagogen-15283377.html>, Zugriff am 1. März 2021.
- 57** Vgl. u. a. Anna Yeboah: Black out Berlin Brandenburg. Die Rekonstruktion der Potsdamer Garnisonkirche und des Berliner Stadtschlosses und andere Spatalisierungen des deutschen Kolonialismus, in: *arch +. Zeitschrift für Architektur und Urbanismus: Rechte Räume. Bericht einer Europareise*, Mai 2019, Nr. 52, S. 226–231, hier S. 227; Stephan Trüby, Wir haben das Haus am rechten Fleck, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16. April 2018, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/neue-frankfurter-altstadt-durch-rechtsradikalen-initiiert-15531133.html>, Zugriff am 1. März 2021.
- 58** Grundlegend: Stephan Trüby, *Rechte Räume. Politische Essays und Gespräche*, Gütersloh/Berlin u. a. 2020.
- 59** Beatrix Flagger, Zweimal Wiederaufbau. In Hamburg und in Berlin sollen zwei Synagogen rekonstruiert werden, in: *Bauwelt* 2/2021, 10. Jg., 30. Januar 2021, S. 31.
- 60** Jürgen Sielemann, *Vom Umgang des Hamburger Staates mit dem Grundstück der ehemaligen Bornplatzsynagoge*, unveröffentlichtes Manuskript, Hamburg 2014, S. 9.
- 61** Harald Schmid, Die Novemberpogrome und die Erinnerungskultur – das «Synagogenmonument» von Margrit Kahl, in: *Hamburger Schlüsseldokumente zur deutsch-jüdischen Geschichte*,

24. Januar 2019, <https://dx.doi.org/10.23691/jgo:article-116.de.v1>, Zugriff am 1. März 2021.
- 62** Heike Linde-Lembke, Wem gehört der Bornplatz?, in: *Jüdische Allgemeine*, 18. Dezember 2017, <https://www.juedische-allgemeine.de/gemeinden/wem-gehoert-der-bornplatz/>, Zugriff am 1. März 2021.
- 63** Michael Althaus, Wird Hamburgs einst größte Synagoge wieder aufgebaut?, in: *Jüdische Allgemeine*, 6. November 2019, <https://www.juedische-allgemeine.de/gemeinden/wird-hamburgs-einst-groesste-synagoge-wieder-aufgebaut/>, Zugriff am 1. März 2021.
- 64** Heike Linde-Lembke, Hamburgs jüdisches Herz, in: *Jüdische Allgemeine*, 3. Dezember 2020, <https://www.juedische-allgemeine.de/unsere-woche/hamburgs-juedisches-herz/>, Zugriff am 1. März 2021.
- 65** Samuel Salzborn, Was ist moderner Antisemitismus?, in: *Bundeszentrale für politische Bildung. Dossier Antisemitismus*, 30. April 2020, <https://www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/307644/was-ist-moderner-antisemitismus>, Zugriff am 12. April 2021.
- 66** Bornplatzsynagoge: Bund unterstützt Wiederaufbau finanziell, in: *Hamburger Morgenpost*, 7. Dezember 2020, <https://insider.mopo.de/eimsbuetteler-nachrichten/bornplatzsynagoge-bund-unterstuetzt-wiederaufbau-finanziell.html>, Zugriff am 1. März 2021.
- 67** Für einen breiten, offenen Diskurs über den Wiederaufbau der Bornplatzsynagoge. Stellungnahme zur Bornplatzplanung und Liste der Unterstützer\*innen, in: *Patriotische Gesellschaft Hamburg. Aktuelles*, 19. Januar 2021, <https://www.patriotische-gesellschaft.de/webfile/show/3087/Stellungnahme-Bornplatzplanung-mit-integrierter-Unterschriftenliste-Stand-19.01.21.pdf>, Zugriff am 1. März 2021. Für einen Überblick zu Argumenten gegen die Planungen vgl. Ulrich Hentschel, Prestigeobjekt für ein gutes Hamburg?, in: *taz nord am Wochenende*, 30./31. Januar 2021.
- 68** Philip Stricharz, zit. n.: Peter Ulrich Meyer, Stricharz: Bornplatzsynagoge «keine Kopie», in: *Hamburger Abendblatt*, 31. Dezember 2020.
- 69** Heike Linde-Lembke, Wem gehört der Bornplatz?, in: *Jüdische Allgemeine*, 18. Dezember 2017, <https://www.juedische-allgemeine.de/gemeinden/wem-gehoert-der-bornplatz/>, Zugriff am 1. März 2021.
- 70** Initiative Wiederaufbau Bornplatzsynagoge, <https://www.bornplatzsynagoge.org/>, Zugriff am 1. März 2021.
- 71** Mitmachen, in: *Initiative Wiederaufbau Bornplatzsynagoge*, undatiert [2020/21], <https://www.bornplatzsynagoge.org/mitmachen>, Zugriff am 1. März 2021.
- 72** Linde-Lembke 2021 (wie Anm. 69.), Hamburgs jüdisches Herz, in: *Jüdische Allgemeine*, 3. Dezember 2020, <https://www.juedische-allgemeine.de/unsere-woche/hamburgs-juedisches-herz/>, Zugriff am 1. März 2021.
- 73** Philipp Stricharz, «Wir Juden pfeifen auf euch Antisemiten». Auszug aus einer Online-Diskussion. Protokoll: Alexander Diehl, in: *taz nord am Wochenende*, 30./31. Januar 2021.
- 74** Ursula Wamser/Wilfried Weinke (Hg.), *Eine verschwundene Welt. Jüdisches Leben am Grindel*, Springer 2006.
- 75** Bornplatzsynagoge, Bund unterstützt Wiederaufbau finanziell, in: *Hamburger Morgenpost*, 7. Dezember 2020, <https://insider.mopo.de/eimsbuetteler-nachrichten/bornplatzsynagoge-bund-unterstuetzt-wiederaufbau-finanziell.html>, Zugriff am 1. März 2021.
- 76** Annika Lasarzik, «Wir müssen die Mahnmalen der Zerstörung wieder mit Leben füllen». Interview mit Philipp Stricharz, in: *Zeit online*, vom 21. November 2019, <https://www.zeit.de/hamburg/2019-11/judentum-antisemitismus-synagoge-hamburg-wiederaufbau-sicherheit>, Zugriff am 1. März 2021.
- 77** Ebd.
- 78** Vgl. exemplarisch: *Geschichte der Rekonstruktion – Konstruktion der Geschichte*, hg. v. Winfried Nerdinger in Zusammenarbeit mit Markus Eisen und Hilde Strobl, Ausst.-Kat., München, Architekturmuseum der TU München, München/Berlin u. a., 2010.
- 79** Georg Leppert, Bürgermeister in Frankfurt: «Die Bebauung des Börneplatzes war falsch», in: *Frankfurter Rundschau*, 2. Februar 2021, <https://www.fr.de/frankfurt/buergermeister-in-frankfurt-die-bebauung-des-boerneplatzes-war-falsch-90189353.html>, Zugriff am 1. März 2021.